

# INHALTSÜBERSICHT

VORWORT .....	V
GELEITWORT .....	VII
INHALT .....	XV
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....	XXVII
KAPITEL 1     NORMATIVE GRUNDLAGEN DER DATENVERARBEITUNG IN KONZERNEN .....	1
A    Datenübermittlung ohne Konzernprivileg als Herausforderung für datenschutzkonformes Verhalten von Konzernen .....	1
B    Sachlicher Anwendungsbereich des Bundesdatenschutzgesetzes .....	3
C    Fehlendes Konzernprivileg .....	70
D    Konflikt zwischen Datenschutzrecht und Gesellschaftsrecht .....	80
E    Datenstromanalyse .....	83
KAPITEL 2     DURCHFÜHRUNG DER DATENÜBERMITTLUNG IM KONZERN .....	89
A    Anwendung der Auftragsdatenverarbeitung im Konzern .....	89
B    Einrichtung automatisierter Abrufverfahren im Konzern .....	116
C    Datenübermittlung an Konzernunternehmen innerhalb Deutschlands .....	125
D    Datenübermittlung an Konzernunternehmen ausserhalb Deutschlands .....	224
KAPITEL 3     KÜNFTIGE AUFSTELLUNG DER DATENÜBERMITTLUNG IM KONZERN .....	277
A    Normativer Datenschutz der Datenschutz-Grundverordnung .....	277
B    Anforderungen an die vertragliche Datenübermittlung im Konzern ...	308
KAPITEL 4     ERGEBNISSE .....	331
A    Thesen .....	331
B    Zusammenfassung der Ergebnisse .....	339

LITERATUR .....	355
GERICHTSENTSCHEIDUNGEN .....	389
INTERNETSEITEN .....	397

# INHALT

VORWORT .....	V
GELEITWORT .....	VII
INHALTSÜBERSICHT .....	XIII
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....	XXVII
KAPITEL 1      NORMATIVE GRUNDLAGEN DER DATENVERARBEITUNG IN KONZERNEN .....	1
<b>A    Datenübermittlung ohne Konzernprivileg als Herausforderung       für datenschutzkonformes Verhalten .....</b>	<b>1</b>
<b>B    Sachlicher Anwendungsbereich des Bundesdatenschutzgesetzes .....</b>	<b>3</b>
I.    Datenbanken im Konzern als Herausforderung für datenschutzkonformes Verhalten .....	4
II.    EG-Datenschutzrichtlinie als Grundlage des Bundesdatenschutzgesetzes .....	6
1.    Umfassende Harmonisierung bzw. Vollharmonisierung durch die EG-Datenschutzrichtlinie .....	6
2.    Bedeutung der umfassenden Harmonisierung .....	7
3.    Auswirkungen der umfassenden Harmonisierung auf das Bundesdatenschutzgesetz .....	10
III.    Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen bei nicht-öffentlichen Stellen .....	12
IV.    Verwendung, Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten .....	14
V.    Übermittlung personenbezogener Daten .....	14
VI.    Personenbezug von Daten .....	18
1.    Bestimmtheit einer Person .....	18
2.    Bestimmbarkeit einer Person .....	20
3.    Ausweitung des Personenbezugs durch Big Data .....	26
VII.    Zweckbindungsgrundsatz .....	27
VIII.    Verbot mit Erlaubnisvorbehalt .....	28
IX.    Verantwortliche Stelle als Anknüpfungspunkt für die Übermittlung .....	38
1.    Empfänger und Dritter .....	38
2.    Bestimmung und Definition der verantwortlichen Stelle .....	38
a)    Juristische statt funktionale Betrachtungsweise für verantwortliche Stellen .....	38

b) Keine Verantwortlichkeit ohne tatsächliche Verantwortung .....	42
c) Bewertung der abgestuften Verantwortlichkeit .....	46
3. Verantwortlichkeit mehrerer Stellen .....	49
a) Datenschutzrichtlinie als Ausgangspunkt der Bestimmung der gemeinsamen Verantwortlichkeit .....	51
b) Auslegung des Bundesdatenschutzgesetzes zur gemeinsamen Verantwortlichkeit .....	52
c) Gesetzliche Normierungen einer Verantwortlichkeit mehrerer in Landesdatenschutzgesetzen .....	53
d) Gesetzliche Normierung einer Verantwortlichkeit mehrerer in den Datenschutzgesetzen anderer europäischer Länder .....	53
e) Gesetzliche Normierung einer Verantwortlichkeit mehrerer in sicherheitspolitischen Gesetzen .....	54
f) Gesetzliche Normierung einer Verantwortlichkeit mehrerer nach § 6 Abs. 2 BDSG .....	57
g) Auftragsdatenverarbeitung bei gemeinsam verantwortlichen Stellen .....	60
h) Abgrenzung der gemeinsamen Verantwortlichkeit zur Speicherberechtigung .....	60
i) Gemeinsame Verantwortlichkeit als Gesellschaft bürgerlichen Rechts .....	65
j) Rechtsfolgen der Verantwortlichkeit mehrerer Stellen .....	68
<b>C Fehlendes Konzernprivileg .....</b>	<b>70</b>
I. Definition des Konzerns .....	70
II. Definition des Konzernprivilegs in Abgrenzung zum „Konzernmalus“ .....	70
III. Gesetzliche Begründung für das Fehlen des Konzernprivilegs .....	72
IV. Diskussion in der Wissenschaft zum fehlenden Konzernprivileg .....	72
1. Gründe für das Fehlen eines Konzernprivilegs .....	72
2. Kritik in der Literatur am Fehlen eines Konzernprivilegs .....	73
3. Versuche der Einführung eines Konzernprivilegs .....	74
4. Besonderheiten in der Versicherungswirtschaft .....	75
V. Spätere Begründung gegen ein Konzernprivileg .....	76
VI. Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes durch die Novellen von 2009 .....	77
1. Neufassung bestehender Regelungen .....	77
2. Änderungen für die Auftragsdatenverarbeitung .....	78
<b>D Konflikt zwischen Datenschutzrecht und Gesellschaftsrecht .....</b>	<b>80</b>
I. Rechtslage im Gesellschaftsrecht zur Konzernierung .....	80
II. Konflikt zwischen Gesellschaftsrecht und Datenschutzrecht .....	81
III. Folgen des Konflikts für die Complianceorganisation .....	82

<b>E</b>	<b>Datenstromanalyse.....</b>	<b>83</b>
I.	Durchführung einer Analyse des Datenstroms .....	83
1.	Am Datenstrom beteiligte Personen .....	83
2.	Einordnung personenbezogener Daten in Gruppen.....	84
3.	Informationsart der Daten.....	86
4.	Zweck der Datenübermittlung .....	86
II.	Erfassung der Funktion .....	86
III.	Offene Strukturen in Matrixkonzernen .....	87
<b>KAPITEL 2</b>	<b>DURCHFÜHRUNG DER DATENÜBERMITTLUNG</b>	
	<b>IM KONZERN .....</b>	<b>89</b>
<b>A</b>	<b>Anwendung der Auftragsdatenverarbeitung im Konzern .....</b>	<b>89</b>
I.	Auslegung des Begriffes „Auftragsdatenverarbeitung“ .....	89
1.	Abgrenzungsansätze der Auftragsdatenverarbeitung .....	90
a)	Ausgangspunkt der Abgrenzung der Auftragsdatenverarbeitung .....	90
b)	Funktionenlehre .....	90
c)	Selbstständigkeit des Auftragnehmers.....	91
2.	Systematische Auslegung der Auftragsdatenverarbeitung .....	93
a)	Wortlaut des § 11 BDSG .....	93
b)	Historische Auslegung der Auftragsdatenverarbeitung.....	94
c)	Systematik der Auftragsdatenverarbeitung und Privilegierung.....	95
d)	Teleologische Auslegung der Auftragsdatenverarbeitung.....	96
e)	Auslegung der Auftragsdatenverarbeitung anhand Europarechts .....	97
f)	Auslegung der Auftragsdatenverarbeitung anhand der Grundrechte.....	98
3.	Resultierende Auslegungstheorien der Auftragsdatenverarbeitung.....	100
a)	Theorie der Einwirkungsmöglichkeit .....	100
b)	Anwendung der Vertragstheorie.....	101
4.	Ergebnis zur Abgrenzung der Auftragsdatenverarbeitung zur Übermittlung.....	103
II.	Funktionsübertragung statt Auftragsdatenverarbeitung.....	103
III.	Einzelfälle der Abgrenzung von Auftragsdatenverarbeitung zu Datenübermittlung .....	104
1.	Nutzung fremder Infrastruktur durch Rechenzentren und Outsourcing.....	104
2.	Cloud-Computing.....	108
3.	(Fern-)Wartung und Prüfung .....	108
4.	Lettershops und Postversand .....	110
5.	Black-Box-Sicherungen.....	110

6. Unternehmensübergreifende Informationssysteme .....	111
IV. Besonderheiten bei der konzerninternen Auftragsdatenverarbeitung.....	111
1. Konzernmutter als Auftragnehmerin einer Auftragsdatenverarbeitung.....	111
2. Sorgfältige Auswahl des Auftragnehmers im Konzern.....	113
3. Unteraufträge .....	115
4. Zusammenführung personenbezogener Daten in Konzerndatenbanken .....	115
<b>B Einrichtung automatisierter Abrufverfahren im Konzern .....</b>	<b>116</b>
I. Anwendungsbereich der konzerninternen automatisierten Abrufverfahren nach § 10 BDSG .....	116
II. Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Einrichtung eines automatisierten Abrufverfahrens .....	118
III. Voraussetzungen für den zulässigen Betrieb eines automatisierten Abrufverfahren nach § 10 Abs. 4 BDSG .....	120
IV. Rechtliche Zulässigkeit der konzerninternen Datenbank nach § 10 BDSG.....	123
V. Automatisierte Abrufverfahren nach § 29 Abs. 2 S. 4, 5 i. V. m. § 10 BDSG.....	125
<b>C Datenübermittlung an Konzernunternehmen innerhalb Deutschlands.....</b>	<b>125</b>
I. Einwilligung in die konzerninterne Übermittlung nach §§ 4 Abs. 1, 4a BDSG als Teil des Customer Relationship Managements .....	125
1. Freiwilligkeit: Freie Entscheidung des Betroffenen.....	127
2. In Kenntnis der Sachlage .....	130
3. Formvorschriften .....	133
a) Schriftform .....	133
b) Hervorhebung bei anderen Erklärungen .....	136
4. Verhältnis der Einwilligung zu den gesetzlichen Erlaubnistatbeständen .....	139
5. Übertragbarkeit der Einwilligung zwischen Unternehmen bei Umstrukturierung oder M&A-Transaktionen .....	141
a) Anteilserwerb.....	141
b) Umwandlung.....	141
c) Share Deal .....	142
d) Asset Deal.....	142
6. Kostenpflichtige Datenüberlassungsverträge.....	143
II. Erlaubnistatbestände für eine Datenübermittlung zur Erfüllung eigener Geschäftszwecke nach § 28 Abs. 1 BDSG.....	144
1. Verhältnis der Tatbestände .....	145

2. Definition des eigenen Geschäftszweckes .....	146
3. Erlaubnistatbestand des § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BDSG.....	147
a) Umfang der Erforderlichkeit der Datenverarbeitung und Datenübermittlung .....	148
b) Erfüllung des Vertragszwecks als Erlaubnis der Datenverarbeitung .....	150
c) Einbeziehung dritter Stellen als Vertragszweck .....	151
4. Erlaubnistatbestand des § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BDSG.....	153
a) Wahrung berechtigter Interessen .....	153
b) Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung und Notwendigkeit einer Beweissicherung .....	157
c) Konzerninteressen als Rechtfertigung der konzerninternen Datenübermittlung .....	160
d) Company-to-Company-Agreement als Erlaubnistatbestand der Datenübermittlung.....	162
5. Erlaubnistatbestand des § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 BDSG.....	166
III. Erlaubnistatbestände für eine Datenübermittlung zu anderen als eigenen Geschäftszwecken nach § 28 Abs. 2 BDSG.....	167
1. Erlaubnistatbestand des § 28 Abs. 2 Nr. 1 BDSG .....	167
2. Erlaubnistatbestand des § 28 Abs. 2 Nr. 2 lit. a BDSG .....	168
IV. Erlaubnistatbestände der Datenübermittlung zu Werbung und Adresshandel nach § 28 Abs. 3 BDSG und § 67 AktG .....	170
1. Einwilligung nach § 28 Abs. 3 S. 1, Abs. 3a BDSG.....	171
2. Listenprivileg und Adresshandel.....	173
a) Eigenwerbung nach § 28 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 BDSG.....	175
b) Übermittlung zu Werbezwecken nach § 28 Abs. 3 S. 4 BDSG .....	176
c) Werbung für fremde Angebote nach § 28 Abs. 3 S. 5 BDSG.....	178
3. Verwendung von Registerdaten von Aktionären zu Zwecken der „Investor Relations“ nach § 67 AktG.....	180
V. Erlaubnistatbestände für eine Datenübermittlung besonderer Arten personenbezogener Daten nach § 28 Abs. 6-9 BDSG .....	180
VI. Erlaubnistatbestände für eine Datenübermittlung nach § 29 BDSG...	182
1. Anwendungsbereich des § 29 BDSG .....	182
2. Abgrenzung des § 29 BDSG zu weiteren Tatbeständen .....	183
3. Erlaubnistatbestände der Übermittlung nach § 29 Abs. 2 BDSG...	185
4. Erlaubnistatbestand des § 29 Abs. 1 Nr. 1 BDSG .....	186
5. Erlaubnistatbestände der § 29 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BDSG .....	187
6. Zwecke des Adresshandels oder der Werbung nach § 29 Abs. 1 S. 2 BDSG .....	187
VII. Datenerhebung zum Zwecke der Übermittlung in anonymisierter Form nach § 30 BDSG.....	188

VIII. Verhaltensregeln („Code of Conduct“) als Erlaubnistatbestand nach § 38a BDSG .....	188
1. Konzern als Verband im Sinne des § 38a BDSG .....	189
2. Regelungsreichweite des Code of Conduct .....	190
3. Code of Conduct als Erlaubnistatbestand für die Datenübermittlung .....	192
4. Code of Conduct der Versicherungswirtschaft .....	193
IX. Erlaubnistatbestände für eine Datenübermittlung von Beschäftigtendaten nach § 32 BDSG .....	194
1. Gesetzliche Normierung des Beschäftigtendatenschutzes .....	194
2. Anwendungsbereich des § 32 BDSG .....	195
3. Abgrenzung des § 32 BDSG zu weiteren Erlaubnistatbeständen ..	196
4. Abgrenzung zwischen Beschäftigtendaten und besonderen Arten personenbezogener Daten .....	198
5. Abgrenzung zwischen § 32 BDSG und § 28 BDSG bei (präventiven) Compliancemaßnahmen .....	199
6. Erhebung von Beschäftigtendaten .....	200
7. Auftragsdatenverarbeitung bei Beschäftigtendaten .....	201
8. Einwilligung in die Übermittlung von Beschäftigtendaten .....	202
9. Betriebsvereinbarungen als Erlaubnistatbestand der Datenverarbeitung .....	203
a) Betriebsvereinbarungen als Erlaubnisnormen für eine Datenverarbeitung .....	203
b) Einschränkungen der Rechte der Beschäftigten durch Betriebsvereinbarungen .....	205
c) Zulässiger Regelungsumfang von Konzernbetriebsvereinbarungen ..	208
d) Formelle Zulässigkeit von Konzernbetriebsvereinbarungen durch zuständige Betriebspartner .....	210
e) Folgen einer unzulässigen Betriebsvereinbarung .....	213
f) Erstreckung der Betriebsvereinbarung auf weitere Datenempfänger .....	213
10. Vertraglich festgelegte Übermittlung von Beschäftigtendaten („konzerndimensionales Arbeitsverhältnis“) .....	214
a) Erforderlichkeit der Datenübermittlung .....	215
b) Anfänglicher Konzernbezug .....	216
c) Nachträglicher Konzernbezug .....	216
d) Anwendung des konzerndimensionalen Arbeitsverhältnisses .....	218
e) Ergebnis zum konzerndimensionalen Arbeitsverhältnis .....	219
11. Übermittlung von Beschäftigtendaten nach § 32 BDSG .....	219

<b>D Datenübermittlung an Konzernunternehmen</b>	
<b>ausserhalb Deutschlands.....</b>	<b>224</b>
I. Räumliche Anwendbarkeit des Bundesdatenschutzgesetzes .....	224
1. Modifiziertes Sitzlandprinzip.....	224
2. Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu „Google Spain“, C-131/12 .....	229
3. Bewertung der Urteile „Google Spain“, C-131/12, und „Weltimmo“, C-230/14.....	231
4. Gleichzeitige Anwendbarkeit verschiedener nationaler Datenschutzgesetze auf einen Verarbeitungsvorgang .....	233
5. Folgen der räumlichen Anwendbarkeit des Bundesdatenschutzgesetzes für Konzerne .....	238
6. Fallgruppen der Datenübermittlung in Länder außerhalb Deutschlands .....	240
II. Datenübermittlung in Ländern der Europäischen Union .....	241
1. Zulässigkeit einer Übermittlung in Länder der Europäischen Union.....	241
2. Zulässigkeit einer Auftragsdatenverarbeitung in Ländern der Europäischen Union.....	242
III. Datenübermittlung in Länder des Europäischen Wirtschaftsraumes..	243
IV. Systematik der Datentransfers und Auftragsdatenverarbeitung in Drittstaaten .....	243
1. Systematik der Übermittlung in Drittstaaten.....	243
a) Zulässigkeit der Weitergabe personenbezogener Daten in Drittstaaten .....	243
b) Anknüpfungspunkt bei der Prüfung des angemessenen Datenschutzniveaus.....	245
c) Bewertung der Angemessenheit des Datenschutzniveaus bei der verantwortlichen Stelle .....	245
2. Auftragsdatenverarbeitung in Drittstaaten .....	246
a) Ausschluss der Auftragsdatenverarbeitung in Drittstaaten .....	246
b) Europarechtswidrigkeit des Ausschlusses der Auftrags- datenverarbeitung in sicheren Drittstaaten .....	247
c) Europarechtswidrigkeit des Ausschlusses der Auftrags- datenverarbeitung in unsicheren Drittstaaten .....	248
d) Auftragsdatenverarbeitung einer deutschen verantwortlichen Stelle mit Sitz des Auftragnehmers in einem Drittstaat .....	249
e) Auftragsdatenverarbeitung einer verantwortlichen Stelle innerhalb des EWR mit Sitz des Auftragnehmers in Deutschland....	250
f) Auftragsdatenverarbeitung einer verantwortlichen Stelle in einem Drittstaat mit Sitz des Auftragnehmers in Deutschland ...	250
g) Ausschluss der Auftragsdatenverarbeitung bei besonderen Arten personenbezogener Daten .....	251

h) Rechtfertigung der Auftragsdatenverarbeitung in Drittstaaten ohne Anwendung des § 11 BDSG.....	251
V. Datenübermittlung in Drittstaaten.....	253
1. Datenübermittlung in „sichere Drittstaaten“ durch verbindliche Kommissionsentscheidung .....	253
2. Datenübermittlung in „unsichere Drittstaaten“ .....	255
a) Safe Harbor und EuGH-Urteil C-362/14.....	256
b) EU-US Privacy Shield .....	258
c) EU-Standardvertragsklauseln .....	260
d) Binding Corporate Rules .....	262
e) Individuell ausgehandelte Datenübermittlungsverträge .....	264
f) Erlaubnistatbestände zur Übermittlung in Drittländer, § 4c Abs. 1 Nr. 1-6 BDSG .....	265
VI. Gesamtbetrachtung zur internationalen Datenübermittlung in Konzernen.....	267
1. Datenübermittlung in sichere Drittstaaten im Konzern .....	267
2. Bestimmung der datenexportierenden Stelle nach § 4b BDSG ....	267
a) Tatsächliche Entscheidungsbefugnis einer Daten verarbeitenden Stelle .....	267
b) Rechtlich unselbstständige Niederlassungen .....	269
3. Rücktransfers und konzerninterne Datenbanken .....	273
4. Transittatbestand für Konzernrechenzentren.....	274
5. Vertragspartner im Konzern für Außenstehende .....	275
 KAPITEL 3    KÜNFTIGE AUFSTELLUNG DER DATENÜBERMITTLUNG IM KONZERN .....	 277
<b>A Normativer Datenschutz der Datenschutz-Grundverordnung .....</b>	<b>277</b>
I. Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung und Markortprinzip .....	280
1. Personenbezug von Daten in der Datenschutz-Grundverordnung .....	281
2. Begriff des „Verantwortlichen“ in der Datenschutz-Grundverordnung .....	281
3. Verarbeitung und Übermittlung personenbezogener Daten nach der Datenschutz-Grundverordnung.....	282
4. Besondere Arten personenbezogener Daten, Art. 9 Abs. 1 DSGVO .....	282
5. Öffnungsklauseln in der Datenschutz-Grundverordnung .....	283
II. Konzernintern zu berücksichtigende Rechte betroffener Personen nach der Datenschutz-Grundverordnung.....	284
1. Auskunftsrecht der betroffenen Person.....	284

2. Recht auf Kopie .....	284
3. Recht auf Berichtigung.....	284
4. Lösungsrechte („Recht auf Vergessenwerden“).....	285
5. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung.....	286
6. Recht auf Datenübertragbarkeit .....	286
7. Recht auf Widerspruch.....	287
III. Datenverarbeitung und Datenübermittlung nach der Datenschutz-Grundverordnung .....	288
1. Informationspflichten als Teil der Zulässigkeit der Datenverarbeitung.....	289
2. Auftragsverarbeitung in der Datenschutz-Grundverordnung .....	290
a) Vertragsschluss und elektronische Form .....	291
b) Inhalte des Vertrages .....	291
c) Weisungsgebundenheit und Funktionsübertragung.....	292
d) Zulässigkeit der Verarbeitung bei einer Auftragsverarbeitung .....	293
3. Gesetzliche Erlaubnistatbestände der Datenschutz-Grundverordnung .....	294
a) Einwilligung, Art. 6 Abs. 1 Nr. 1 lit. b, Art. 7 DSGVO .....	294
b) Vertragserfüllung, Art. 6 Abs. 1 Nr. 1 lit. b DSGVO .....	297
c) Gesetzliche Verpflichtung, Art. 6 Abs. 1 Nr. 1 lit. c DSGVO.....	297
d) Interessenabwägung, Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO.....	297
4. Privilegierung von Konzernen, ErwG 48 DSGVO.....	299
5. Zweckbindung und Zweckänderung.....	300
6. Beschäftigtendatenschutz .....	302
a) Spezifischere Vorschriften .....	302
b) Zulässigkeit der Verarbeitung von Beschäftigtendaten .....	303
c) Betriebsvereinbarungen als Erlaubnistatbestand.....	304
IV. Konzernbezug in weiteren Regelungen .....	305
1. One-Stop-Shop bei Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden .....	305
2. Konzerndatenschutzbeauftragter .....	305
3. Berechnung der Bußgelder .....	306
V. Gemeinsam verantwortliche Stellen nach der Datenschutz-Grundverordnung .....	307
<b>B Anforderungen an die vertragliche Datenübermittlung im Konzern ...</b>	<b>308</b>
I. Anwendung und Abschluss der Auftragsdatenverarbeitungsverträge im Konzern.....	308
II. Anforderungen an eine Betriebsvereinbarung .....	311
III. Anforderungen an ein Company-to-Company-Agreement als Erlaubnistatbestand der Datenübermittlung .....	312

1. Durch Aufsichtsbehörden und Literatur herausgearbeitete Anforderungen an ein Company-to-Company-Agreement.....	313
2. Anforderungskatalog an ein Company-to-Company-Agreement...	315
IV. Datenübermittlung bei Vorliegen von gemeinsam verantwortlichen Stellen im Konzern .....	318
1. § 10 BDSG bei gemeinsam verantwortlichen Stellen .....	319
2. Rechtsgrundlage für die gemeinsame Verarbeitung personenbezogener Daten .....	319
3. Gesamtschuldnerische Haftung der gemeinsam verantwortlichen Stelle .....	321
4. Sicherstellung von Transparenz und Auskunftsrechten der Betroffenen in der gemeinsam verantwortlichen Stelle durch § 6 Abs. 2 BDSG.....	321
5. Information und Transparenz für die Betroffenen in der gemeinsam verantwortlichen Stelle nach §§ 4 Abs. 3, 33 BDSG ..	322
6. Technisch-organisatorische Maßnahmen in einer gemeinsam verantwortlichen Stelle.....	323
7. Benutzer- und Rollenkonzept innerhalb einer gemeinsam verantwortlichen Stelle .....	323
8. Einrichtung des Verfahrensverzeichnisses in der gemeinsam verantwortlichen Stelle .....	324
9. Vertreterversammlung als „Organ“ der gemeinsam verantwortlichen Stelle .....	325
10. Internationaler Datenverkehr bei gemeinsamer Verantwortlichkeit der Datenverarbeitung.....	325
11. Gemeinsame Verantwortlichkeit bei Einzel-, Gesamt- und Konzernbetriebsräten .....	326
12. Zusammenfassung der notwendigen Regelungen der gemeinsam verantwortlichen Stelle in einer Joint-Control-Vereinbarung.....	327
V. Anforderungen an eine gemeinsam betriebene konzerninterne Datenbank.....	328
KAPITEL 4      ERGEBNISSE.....	331
A    Thesen.....	331
I.    Datenverwendung im Konzern nach § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BDSG .....	331
II.   Datenverwendung im Konzern nach § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BDSG durch ein Company-to-Company-Agreement .....	331
III. Konzerndimensionale Arbeitsverhältnisse .....	332
IV. Betriebsvereinbarung als Erlaubnistatbestand .....	333
V.    Automatisierte Abrufverfahren nach § 10 BDSG .....	334

VI. Anwendbarkeit nationaler Datenschutzgesetze und Datenübermittlung nach den EuGH-Urteilen C-131/12 und C-230/14 .....	335
VII. Auftragsdatenverarbeitung im Konzern und „Flucht in die Datenübermittlung“ .....	336
VIII. Gemeinsame Verantwortlichkeit mehrerer Stellen.....	337
IX. Fortschreibung der Grundsätze in der EU-Datenschutz-Grundverordnung.....	338
<b>B Zusammenfassung der Ergebnisse .....</b>	<b>339</b>
LITERATUR.....	355
GERICHTSENTSCHEIDUNGEN .....	389
INTERNETSEITEN.....	397